

Ämtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Anzeigenpreis: für die 8 gespaltene
Colonneizeile oder deren Raum 50 A,
Reklamezeile 200 A.

Rotations-Druck und Verlag: Guido Zeidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Biebrich. — Redakteur: Paul Jorisch in Biebrich a. Rh. — Filialexpedition in Hochheim: Jean Lauer.

Published by
Stamford (Maine) N.Y. 1914.

14. Zabraqang.

§ 7. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung in Kraft.
 Wiesbaden, den 16. Mai 1920.
 Der Regierungspräsident.

Wird veröffentlicht.
Wiesbaden, den 2. Juni 1920.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses des Landkreises
Wiesbaden.
Kreistafelstelle.
H. Nr. II. Kob. 1446/1.

Nr. 238. Bekanntmachung.

Zur Befämpfung der Wohnungsnot sowie zur Förderung des Siedelungswesens können nach Rücksprache der Bestimmungen des Reichsrechts über die Gewährung von Darlehen aus Reichsmitteln zur Schaffung neuer Wohnungen vom 10. Januar 1920, unverzinsliche Darlehen aus Reichsmitteln als Beihilfe zu den Kosten der Herstellung neuer Wohnungen gewährt werden.

Die Frist zur Stellung von Anträgen auf Bewilligung von Reichsdarlehen für die bereits vor Inkrafttreten der Bestimmungen, begonnene oder fertiggestellte Bauten, läuft mit dem 24. Juli 1920 ab.

Die am 1. März Hr. Is. ergangene Rundfrage scheint vielfach zu Mißverständnissen und Unklarheiten geführt zu haben, insofern als viele Bauinsigne, die von dem Darlehen Gebrauch machen wollten und sich auf die Anfrage meldeten, der Meinung zu sein scheinen, daß dies für die Gewährung eines Darlehens genüge. Dies ist keineswegs der Fall, sondern wer von dem Reichsdarlehen Gebrauch machen will, hat schließl. seinen Antrag mit allen erforderlichen Unterlagen an die zuständige Stelle einzureichen.

Die voraufgeführten Bestimmungen liegen auf den Bürgermeisterämtern zur Einsicht aus. Ausführliche Erklärungen können beim Wohnungsaufsichtsbeamten, Herrn Regierungs- und Baurat Neumann, Regierungsgebäude Bahnhofstraße, Nummer 60, und beim Kreisbaumeister, Lessingstraße 16, Nummer 23, eingeholt werden.

Insbefondere wird noch auf nachstehendes hingewiesen:
Die Höhe des Reichsbanklehens wird ermittelt durch Verolestättigung der Quadratmeterzahl der Wohn- und Stallfläche mit den nachstehenden Einheitslöhnen

Der bei der Berechnung zu Grunde zu legende Einheitsfuß für den Quadratmeter darf in ländlichen Gemeinden und kleinen Städten mit vorwiegend ländlichem Charakter im ein- und zweigeschossigen Wohnhaus den Betrag von 165 Marl., in den übrigen Gemeinden den Betrag von 180 Marl., in drei- und mehrgeschossigen Mehrfamilienhäusern den Betrag von 150 Marl. für Stallflächen den Betrag von 75 Marl. nicht überschreiten.

Wohnflächen werden bis zu 70 Quadratmeter, die lichten Grundflächen von Ställen als Zubehör zum Wohnhaus bis zu 10 Quadratmeter, bei rein ländlichen Wohnungen bis zu 40 Quadratmeter der Berechnung zugrunde gelegt.
Wiesbaden, den 4. Juni 1920.

Der Bandrat.

Nr. 239.

Bekanntmachung
über die Brotversorgung.
Auf Grund des § 59 der Reichsgetreideordnung

für die Ernte 1919 vom 15. Juni 1919 wird für den
Landkreis Wiesbaden mit Ausnahme der Stadt
Wiesbaden der Preis für Brot nach Kreisaußschußbe-
schluß gegen die Verordnung vom 4. Mai 1920
Rakauischer Anzeiger Nr. 54 vom 6. Mai 1920

a) bei Einheitsbrot 1900 Gramm 24 Stunden
nach dem Backen von 4,30 μ auf 4,40 μ ,
b) Krankenbrot 800 Gramm Gewicht von 2,25
 μ auf 2,30 μ

Die Erhöhung des Brotpreises tritt am Samstag, den 12. Juni d. Js. in Kraft, die Bäcker können also für die Brotsorten der 44. Woche den Preis von 4.40 K verlangen.

Wiesbaden, den 8. Juni 1920.
 Namens des Kreis Ausschusses:
 Der Vorsitzende.
 J. Nr. II. Kornst. 2277. J. B.: Schmitt.

Mr. 240. Bekanntmachung.
Hierdurch mache ich bekannt, daß die Neu-
setzungen für oder gegen die Errichtung einer Zwangs-
innung für das Schmiedehandwerk im Landfreie

Die Abgabe der mündlichen Äußerung von während des angegebenen Zeitraumes merklich

Ich fordere hierdurch alle Handwerker, welche im Bezirke der Gemeinde das Schmiedehandwerk selbstständig betreiben, zur Abgabe ihrer Versicherung

mit dem Beiräten auf, daß nur solche Erklärungen, welche erkennen lassen, ob der Erklärende der Richtung der Zwangsinnung zustimmt oder nicht, gültig sind und daß nach Ablauf des obigen Zeitpunktes eingehende Äußerungen unberücksichtigt

Die Anbahnung einer Versicherung ist auch für diejenigen Handwerker erforderlich, welche den Antrag auf Errichtung einer Zwangsinnung gestellt haben.
Biesbaden, den 27. Mai 1929.
Der Kommissar.

J. Nr. 9. 2435. H. H. H.
H. H. H.

der vorläufigen Ergebnisse der Reichstagswahl im Landkreise Wiesbaden am 6. Juni 1920.

Namen der Gemeinden	Es erhielten militäre Ehrenzeichen:							Gesamtzahl der abgeordneten gewählten Stimmen
	1 Schwarz	2 Schilling	3 Batin	* 4 Helfferich	5 Dittmann	6 Niefer	7 Scheide-mann	
Kortzen	—	47	—	12	2	82	58	231
Niebrich	1922	1830	1	385	2479	1857	2956	9530
Nierstadt	103	328	—	51	324	549	616	1874
Niedenbeim	—	20	—	123	19	44	119	325
Niefenbeim	3	32	—	295	54	67	42	433
Niedenbergen	—	4	—	119	179	97	111	510
Neuheim	194	289	—	39	1294	266	715	2797
Niedersheim	361	2	2	—	210	6	41	622
Erbenheim	29	263	—	201	172	250	335	1310
Niedersheim	1114	93	2	28	879	82	385	2583
Niederstein	340	2	—	—	156	12	284	794
Neuenborn	13	9	—	25	24	38	11	113
Niedel	3	5	—	29	—	4	91	132
Niedelheim	966	104	—	37	285	206	866	1962
Niedel	4	22	—	84	93	124	124	401
Nieppenheim	10	26	—	179	46	29	199	489
Niedenheim	—	38	—	104	115	11	27	295
Niedernbach	—	—	—	79	20	20	55	174
Niedert	11	23	—	25	114	167	163	503
Niedersdorf	1	58	—	30	44	132	70	404
Niedert	17	39	—	15	192	152	349	704
Niedert	213	620	—	15	837	284	868	2386
Niedert	108	219	—	66	229	780	466	1868
Niedert	—	78	—	177	34	126	173	548
Niedert	334	12	—	1	106	50	42	545
Niedert	270	15	—	—	125	—	28	444
Niedert	—	36	—	24	1	1	85	147

Der Landrat.

Resultate aus dem Wahlbezirk Wiesbaden (mit Ausnahme des Unterlahnfreies).

Vimbura	1874	1545	—	1244	1560	2438	6221
Unterstaunusfreis	2248	2129	—	812	1430	5041	4432
Oberlahnfreis	3561	2355	2	476	1732	4996	6721
St. Goarshausen	5054	1160	—	2337	867	4637	4546
Dillfreis	445	2082	26	6532	2872	3989	5589
Oberweierwald	3464	733	—	2306	2478	2861	523
Oberstaunusfreis	2610	2929	44	1653	3509	3221	4143
Unterweierwald	14787	758	—	646	2241	1971	3136
Liffen	1266	908	1	2176	1104	1985	2843
Reiterburg	10277	414	3	540	1052	1104	1977
Biedenkopf	53	439	—	6818	3072	3271	5715

Raffel. Nach den vorläufigen endgültigen Ermittlungen des Wahlkreisleiters im 21. Wahlkreis Neffen-Raffel anfallen auf die Deutschen 171 053 (2 Abgeordnete), Deutsche Volkspartei 189 174 (3 Abg.), Zentrum 179 660 (2 Abg.), Demokraten 111 971 (1 Abg.), Reichheitssozialdemokraten 297 842 (4 Abg.), Unabhängige 138 927 (2 Abg.), Kommunisten 15 854 (keinen Abg.).

Kölner über die deutsch-französische Beziehungen.

Amsterdam, 6. Juni. Das „Allgemeine Handelsblatt“ gibt eine Unterredung seines Berliner Korrespondenten mit dem Minister des Aeußern Dr. Röstler über die deutsch-französischen Beziehungen wieder.

Der Minister sagte, daß er die Erklärung des Ministerpräsidenten Millerand, die französische Politik sei nicht nur eine Politik engster Gemeinschaft Frankreichs mit seinen Alliierten,

Deutschland, rüchhaltlos begrüße. Deutschland habe selbst seit Monaten die Ueberzeugung an den Tag gelegt, daß es eine direkte Aussprache zwischen den Wirtschaftsfachverständigen

Deutschlands und Frankreichs herbeiführen müsse, um endlich aus dem politisch unklaren und persönlich verwirrenden Uebergangsstadium herauszukommen. Wenn die franzö-

ische Regierung sich unumwunden zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland bekenne, würden die günstigen Erfolge nicht ausbleiben. Eine solche Zusammenarbeit müsse wachsen und es sei

von größtem Wert, dies offen zu betonen. Deutschland wünsche alle Fragen des europäischen Wiederaufbaues mit allen Kontrahenten des Friedensvertrages beim allen Mitgliedern

des Völkerbundes heute und in Zukunft zu besprechen und zu lösen. Die alte und unkluge Politik des gegenseitigen Auspietelns einzelner Gruppen gegeneinander habe Europa in die

Katastrophe gestürzt. Die Rettung aus dieser Katastrophe liege nicht in neuen Gruppierungen, nicht in neuen Aggressiv- oder Defensivbündnissen, sondern allein in der zunächst wirtschaftlichen Zusammenarbeit aller Völker, die

Das deutsche Volk denke nicht an Revolution, eher seit dem Reichstagsauflösung habe es

das Gefühl, daß Frankreich durch seine Politik die Revanchegedanken einer kleinen, unbedeu-

tenden Gruppe in Deutschland systematisch genährt und gefördert habe. Er wolle auf die Methode dieser Politik nicht näher eingehen und wolle nur die Namen Rheinland, Frankfurt und Bayern aussprechen. Das neue Deutschland wolle nichts, als durch Arbeit sich wieder aufbauen, und es wolle so viel Lust, als es zu dieser Arbeit brauche. Frankreich sei Deutschlands Nachbar. Wenn Herr Millerand seine Politik dahin charakterisiere, daß sie auch eine Politik des Einvernehmens mit Deutschland sei, so könne er namens des deutschen Volkes antworten, daß auch die deutsche Politik eine Politik des Einvernehmens mit Frankreich sei. Dazu gehöre aber, daß die französische Politik Deutschland gegenüber Bahnen einschlage, die eine vertrauensvolle Zusammenarbeit ermöglichen. Er müsse daher noch einmal auf die Verwendung farbiger Truppen im Rheinland zurückkommen. Seit seinen letzten Ausführungen im Reichstage sei von französischer Seite wenig zur Abhilfe geschehen. Er betrachte den Wiederaufbau als eine gemeinsame Angelegenheit Frankreichs und Deutschlands, als ein Stück Arbeit im Geiste jener Arbeitsgemeinschaft, von der er bereits gesprochen habe. Damit es aber zu dieser komme, müsse Frankreich verstehen lernen, daß ebenso wie jeder andere Staat auch Deutschland ohne Achtung und Ehre nicht leben kann. Frankreich müsse daher aufhören, das deutsche Nationalgefühl als nicht vorhanden zu betrachten. Geschehe dies nicht, so sei zu befürchten, daß alle Bemühungen, den Krieg durch gemeinsame Arbeit und gemeinsame Produktion zu überwinden, erfolglos bleiben werden. Die farbigen Truppen im Rheinland zu belassen, bedeute, dem deutschen Volke jede Achtung zu verweigern, bedeute, daß die französische Regierung mit der einen Hand zerstöre, was sie mit der anderen pflegen wolle. Dieser Lage müsse ein Ende gemacht werden und er hoffe, daß Herr Millerand im Geiste seiner Rede vom 29. Mai dafür Verständnis zeigen werde.

Frankreich und Deutschland.

Köln. Der Vorsitzende der Kölner Handelskammer, Geh. Kommerzienrat Dr. Louis Hagen, hat am Samstag in der Reihe

der von der Universität veranstalteten öffentlichen Vorlesungen beiläufig von den Einbrüchen berichtet, die er dieser Tage bei einem Aufenthalt in Paris gewonnen habe. Der Herr der Franzosen gegen Deutschland, so meinte er, habe merkwürdig nachgelassen, ihr Bild sei jetzt mehr auf das Protokoll gerichtet. In Frankreich lagen die wirtschaftlichen Verhältnisse an vielen Stellen viel schlechter, als bei uns, und man werde dort nicht weiterkommen, wenn man nicht in den Besitz von Barmitteln gelange. Man habe während des Krieges große Schulden in Amerika gemacht und habe ein außerordentlich großes Fehlbudget. Von einer Entwicklung der Industrie wie bei uns könne in Frankreich keine Rede sein. Es sei ein ruhmloses Land, von einer glänzenden Ernte, auch der Weinrente, erhalte es die Rückkehr zu erträglichen Verhältnissen. Wenn wir nun an Frankreich gewisse Summen abführen sollen, so sei das aus unserem Vermögen undenkbar (wir sollen in Gold bezahlen, haben aber keine, wie sollen in Aktien bezahlen und haben selbst für uns keine); es werde nichts anderes übrig bleiben, als eine große internationale Geldanleihe, die sich nur vermittelst lassen, wenn Amerika seine Hand dazu biete. Der Redner legte die vielleicht übertriebene Hoffnung, daß, wenn wir Frankreich jetzt nicht in die Züge lassen, sondern ihm helfen, eine Zeit kommt, die für die Zukunft nicht zu unterschätzen ist. Frankreich werde die bisherige Zeit nach Deutschland schauen, und das umfomehr, als zurzeit eine Spannung zwischen England und Italien auf der einen und Frankreich auf der anderen Seite zu erkennen sei. Eine der vornehmsten Aufgaben der deutschen Botschaft werde es sein, auch in dieser Beziehung helfend einzugreifen. — Man wird diese Versicherungen mit Interesse zur Kenntnis nehmen und sich über der Unterredung des Ministers Dr. Köster erinnern, die wir oben wiedergegeben haben und in der unter anderem die Voraussetzungen bezeichnet sind, unter denen eine Politik des Einvernehmens zwischen Frankreich und Deutschland Aussicht auf Erfolg haben könnte.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Paris. Der französische Handelsminister Jaurès erklärte einem Vertreter des „Echo de Paris“, daß er in Bezug auf die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen guter Zurecht sei. Es handle sich dabei nicht um einmalige Vorbereitungen für Spa, sondern einfach um die Wiederaufnahme der geschäftlichen Beziehungen im allgemeinen. Was wir wollen, erklärte er, ist, nichts zu vernachlässigen, was die gewerbliche Erzeugung fördern und den Handel begünstigen kann. Er glaubt, daß die Verhandlungen bald wieder aufgenommen werden.

Deutschlands Viehlieferungen an Frankreich.

Der französische Senator Raffes, der von seiner Regierung zur Abnahme der von Deutschland abzuliefernden Viehbestände abgeordnet worden ist, hat der französischen Akademie der politischen Wissenschaften, der er angehört, Bericht erstattet über das durchaus befriedigende Ergebnis der bisherigen Lieferungen. Er erkennt an, daß Deutschland bereits mehr als die Hälfte der von ihm verlangten Tiere abgeliefert hat und daß ihre Qualität die Landwirte in den Kriegsgesegenden Nordfrankreichs in höchstem Grade befriedigt. „Überall erkennt man ihre ausgezeichnete Qualität an“, so heißt es in dem Bericht des Herrn Raffes.

Paris. Von dem von Deutschland an Frankreich zu liefernden Vieh sind, wie die Blätter melden, bis 1. Juni abgeliefert worden: 42.453 Küder, 67.476 Schafe, 7875 Ziegen sowie 7146 junge Pferde und Zuchttiere.

hannover, 7. Juni. Der internationale Ausschuss für Abrüstung trat zum ersten Male seit dem Kriege wieder zusammen. Betreten waren Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark und Amerika. Der Vorsitzende, M. de Meulemeester, erklärte, daß es jetzt vor allem gelte, die durch den Krieg unterbrochene Fühlung wieder aufzunehmen. Soweit es sich um die befreundeten Nationen handle, sei die Wiederaufnahme dieser Arbeit leicht gemacht; es bleibe jedoch noch Deutschland, das Frankreich als Großmacht habe vernichtet und den Wiederaufstieg seiner nationalen Produktion habe verhindern wollen. Frankreich habe 1870 sein gegebenes Wort treu gehalten, während Deutschland die Verpflichtungen des Versailles Vertrages zu umgehen suchte. Man könne aber Deutschland nicht in den Bann tun, da es eine bedeutende Rolle in der Weltwirtschaft spiele. Schließlich betonte Meulemeester die Notwendigkeit einer allmählichen Annäherung an Deutschland, bis die Deutschen bewiesen hätten, daß sie ein freies Volk werden wollten, getreu ihren Verpflichtungen gegenüber anderen Nationen. Ein Vertreter Belgiens schloß sich diesen Darlegungen an.

Kleine Mitteilungen.

Hindenburg zur österreichischen Abstimmung. Feldmarschall Hindenburg wurde dem österreichischen Abstimmungsgebiet folgendes Beistand: „Herrn, im Mai 1920. Ich will nicht glauben, daß meine beiden Mägen und Gekrümmten, die mir so treu bei der Befreiung Österreichs gedient haben, sich jetzt von uns wenden wollen. Viel deutlicher ist es, daß ihre engere Heimat gelassen hat, als Treue gegen Treue.“

Wien. Den Blättern zufolge wurden am Samstag im französischen Botschaftsgebäude dem Generalen Befreie-Pontalino der Rat des Senats, ein Kreditbrief von 100.000 bis 150.000 Franken und eine Kasse mit Orden und Schmuckgegenständen gestiftet. Als Löter kommt ein junger Mann in Betracht, der seit fünf Tagen auf der Botschaft angestellt war.

Rücktritt des Reichsministeriums.

Berlin, 6. Juni. Das Reichskabinett hat sich heute mittags 12 Uhr versammelt und dem Reichspräsidenten seine Demission angeboten. Der Reichspräsident hat sie angenommen und die Minister gebeten, bis auf weiteres ihre Geschäfte weiterzuführen. Außerdem hat er den Reichsfanzler ersucht, darauf hinzuwirken, daß die möglichst beschleunigte Feststellung des Wahlergebnisses erfolgt und die Einberufung des Reichstages möglichst bald stattfinden möge.

Die Frage der Regierungsbildung.

Berlin. Ebenso wie die Regierung bereits erklärte, sich zu dem Ausgang der Wahlen vor Feststellung des endgültigen Ergebnisses noch nicht äußern zu können, ist es natürlich, daß auch die Parteien sich noch in keiner Weise festlegen können. Die Deutschnationalistische Partei ist mit ihrem Erfolg zufrieden; sie hält eine rein bürgerliche Regierungsbildung für möglich. Die Deutsche Volkspartei will eine verfassungsmäßige Regierung auf breiter Grundlage bilden, an der sich auch die Mehrheitssozialisten beteiligen würden. Das Zentrum behält sich bis zur Stunde seine Entscheidung vor. Für eine rein sozialistische Regierung sind die Aussichten sehr gering. Sie würde sich einem geschlossenen Bürgerblock gegenüberstellen, der die Befehlshabschaft des Parlaments herbeiführen möchte. Die Rolle, die die Demokraten bei der Regierungsbildung spielen werden, ist angesichts ihrer großen Verluste noch ganz ungewiß.

Karlsruhe. Wie der Berliner Vertreter des „Karlsruher Tagblatts“ erfährt, sind gestern vertrauliche Verhandlungen begonnen worden, um den Block von Stresemann bis Scheidemann zu bilden. Ob sie Erfolg haben werden, steht dahin.

Eine sozialdemokratische Äußerung zur Frage der Regierungsbildung.

Berlin. Wie aus führenden sozialdemokratischen Kreisen mitgeteilt wird, erscheint entsprechend den Erklärungen des Reichsfanzlers Müller im Wahlkampf auch jetzt der Gesamtpartei bei der Bildung der Regierung jede Konfession nach rechts hin ausgeschlossen. Die Opposition von rechts gegen die frühere Koalitionsmehrheit ist stark gewachsen. Unter diesen Umständen treffe die Unabhängigen die Verantwortung dafür, ob eine links- oder rechtsgerichtete Regierung im Reiche gebildet wird. Die Unabhängigen müßten zeigen, ob sie gewillt seien, das Vertrauen, das die Wähler ihr entgegengebracht haben, durch Taten zu rechtfertigen oder ob sie unter allen Umständen entschlossen seien, sich auf Reden und Agitationen in der Opposition zu beschränken. Im letzteren Falle würde voraussichtlich eine reine Parteiregierung der Rechten im Reiche aus Ruder kommen.

Die Sozialdemokratie habe jedenfalls nicht an den Ministerposten, im Gegenteil, sie wäre heißer, wenn sie einmal von der Verantwortung für die Leitung des Reiches befreit sein könnte. Es wäre ihr besonders erwünscht, wenn Vertreter einer rechtsgerichteten Regierung nach Spa gingen und dort versuchten, was sie bei der Entente durchzuführen vermögen. Aber selbstverständlich werde jeder derartige Versuch die schwersten innen- und außenpolitischen Gefahren für das deutsche Volk in sich. Aber nicht die Sozialdemokratie, sondern die Unabhängigen hätten es in der Hand, diese Folgen eintreten zu lassen oder abzuwehren.

Die Deutsche Volkspartei über die Aufgaben des neuen Reichstags.

Berlin, 8. Juni. Ueber die Aufgaben des neuen Reichstags schreibt die „National-liberale Korrespondenz“: Für die Deutsche Volkspartei kommen in erster Linie folgende Gesichtspunkte in Betracht: Die Staatsautorität, die durch das bisherige Parteilichsystem zugrunde gewirtschaftet worden ist, muß als erste Voraussetzung geachtlicher Regierungsarbeit wieder aufgerichtet werden. Das kann nur geschehen, wenn die Regierung aufhört, das Beistand eines falsch verstandenen parlamentarischen Systems zu sein. Es muß in Zukunft aufhören, daß die obersten Reichs- und Staatsämter nach parteipolitischen Gesichtspunkten und nach dem Schluß der zahlenmäßigen Fraktionsstärke verschoben werden. Es muß aufhören, daß man den Stelleninhabern Unterstaatssekretäre und Kommissare auf den Nacken setzt, die als Parteifunktionäre eine völlig verfassungswidrige Kontrolle ausüben. Nichts weiter darf in Zukunft für die Ausübung unserer Regierungsmänner und unserer Verwaltungsmänner maßgebend sein, als der Grundlag persönlicher Loyalität und sachlicher Befähigung. Die besten Kräfte sind für den Wiederaufbau Deutschlands gerade gut genug, um ihnen ein Betätigungsfeld zu bieten und die Ämter von unfähigen Parteifunktionären zu befreien. Wird die erste Sorge der Deutschen Volkspartei sein. Wie der parteipolitische Mißbrauch beseitigt werden muß, so sollten auf der anderen Seite die wirtschaftlichen Fragen dem Bannkreise der Politik entrückt werden. Deshalb fordert die Deutsche Volkspartei für die Kammer der Arbeit ein Veto: nicht in wirtschaftlichen Fragen, das höher stehen muß als der parteipolitische Wahlstab, mit dem das Parlament wirtschaftliche Fragen zu behandeln pflegt. Für die Erhaltung des Arbeitsfriedens fordert die Deutsche Volkspartei obligatorische Schlichtungsgerichte, deren Entscheidung unter allen Umständen sowohl gegen Arbeitnehmer wie gegen Arbeitgeber Geltung

verschafft werden muß. Noch dringender als die Behandlung der Wirtschaft und der Verwaltung bedarf die Behandlung der auswärtigen Politik einer neuen Orientierung. Als Grundlage fordert die Deutsche Volkspartei Nationalbewußtsein an Stelle kosmopolitischer Schwärmerei und Zersplitterung und mit fester Hand geleitete Arbeit, die Deutschland auf Grund der wirtschaftlichen Interessengemeinschaft in Europa wieder zur Geltung bringt.

Wie dem „Berl. Sozialanzeiger“ von angeblich maßgebender Seite mitgeteilt wird, dürfte die Deutsch-Nationalistische Volkspartei bereit sein, in eine Regierung einzutreten, an der auch die Mehrheitssozialisten teilnehmen würden. Voraussetzung ist aber, daß die Deutschnationalen nicht gezwungen würden, von ihren Hauptgrundsätzen abzuweichen. Auch die Deutsche Volkspartei sei bereit, einer Koalition beizutreten, in der auch die Mehrheitssozialisten wären. Vorbedingung seien jedoch einige Forderungen, von denen sie unter keinen Umständen abzuweichen würden: sie würden verlangen, daß nach Spa wirkliche Staatsmänner und keine Parteimänner entsandt würden, daß nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten regiert werde, daß das Beamtenum von der Politik verschont werde, und daß die Staatsautorität wiederhergestellt und der Bestand des Reiches bewahrt bleibe. — Aus Zentrumskreisen wurde berichtet, daß das Zentrum es gern sehen würde, wenn eine Koalition von den Deutsch-Nationalen oder mindestens von der Deutschen Volkspartei bis zu den Mehrheitssozialisten geschlossen werden könnte.

Warum der Kriegsminister verzögert.

In der „Weltbühne“ macht General von der folgenden Mitteilung über das alte Kriegsministerium:

Ein Mann wie Richter haben wir nicht gehabt, einen Organisator großen Stils, der bei uns wahrscheinlich, ebenso wie Oberst Bauer, zunächst den Vorstoß gemacht hätte, den Kaiser abzusetzen. Denn daran ist für mich gar kein Zweifel, daß letzten Endes all unser Unglück von dieser verhängnisvollen Versäumnis herfließt, in deren Händen die Macht lag, und der es nicht gegeben war, große Entschlüsse zu fassen und durchzuführen. Er war der facto der Diktator Deutschlands, nachdem der Krieg erklärt war, und an seiner Unabsetzbarkeit, nicht an seinem bösen Willen und wir geschleht: Kriegsministerium, Generalstab, Auswärtiges Amt — sie alle waren dazu verdammt, mit Wilhelm dem Zweiten, dieser bedäufte pathologische Wahn, von Oberflächlichkeit, Größenwahn und Schwäche, zu launieren. Er war der Mann der halben Entscheidungen und der halben Maßnahmen, dessen Kopf teils in den Wolken, teils im Sande steckte, und die Geschichte wird vernünftig über ihn urteilen. Die Vorsehung des Kriegesministeriums unter dem letzten Kaiser hat bezeichnend für ihn, dessen heroischer Kampf um den Wangel an Reichentum war. Er hatte nicht die Gabe, wichtige Stellen entsprechend zu besetzen. Immer wieder fiel er herein auf lokale Borniertheit, auf persönliche oder trübsinnige Art oder auf gewöhnliche Charakterzüge, die ihm eintrudelten, er sei modern.

Seit Roon haben wir keinen Kriegsminister gehabt, von dem man sagen könnte, er sei ein bedeutender Mann gewesen. Brandt von Schellen-dorf hatte vielleicht das Zeug dazu, und die Kaiserliche ihn, denn er vertrat sie wirksam und energisch vor dem Parlament. In der Umgebung des Kaisers war er jedoch unbeliebt, seit der alte Hahnse dem Monarchen berichtet hatte, daß der Kriegsminister im Reichstag zu freundlich mit Abgeordneten, und zwar auch mit linksstehenden, verkehre. Er habe sogar mit Eugen Richter einmal einen Händedruck gemacht. Also ein unglücklicher Sanftmütiger! Heßbarm war zu kurze Zeit Minister, als daß man ein Urteil über ihn fällen dürfte; aber klüger als seine familiären Vorgänger sei Brandt war er gewiß.

Das Kriegsministerium hielt sich im Frieden auf dem Niveau einer stark bürokratischen, beschränkten, jedem Fortschritt abgeleiteten Behörde. Mit Heeringens hatte es glücklicherweise den Punkt erreicht, daß sogar die Parteien losgerissen wurden und angingen, die Ängste des Kriegsministeriums zu bekämpfen. In gewissen Kreisen der Armee wurde damals erzählt, daß die Heeresverwaltung im Reichsministerium ausgeartet sei, und daß Tirpitz seinem Kollegen von der Armee gesagt hätte, er räume nun endlich etwas fordern. Tirpitz selbst gab im Kreise der Seinen seiner Abhängigkeit des Kriegsministeriums mehr deutlich als lakonisch Ausdruck. Es ging wirklich auch nicht mehr so weiter. Alles wurde verschleiert. Die Feldartillerie hatte ein durchaus modernes Geschütz, dessen Richtmittel von denen der feindlichen Artillerie weit übertrifft wurden. Ein Beamter von mir, selbst Artillerist, fragte einmal den Leiter des Kriegsministeriums, warum die deutsche Artillerie kein Mundrohrrohr habe. Dieser antwortete, er hätte als Batterieführer auch keine gehabt und trotzdem immer gut geschossen. Den Hinweis, daß Tirpitz der Bär auch sehr gut mit Eisen geschossen habe, ließ der Ministerielle nicht gelten.

Die Sünden des Kriegsministeriums sind unzählbar und unermesslich; selbst wenn man in Betracht zieht, daß in jeder Armee der Welt solches auf das Kriegsministerium geschleift wird. Uns hatte man für die China-Expedition, einen Strohputz gegeben, der nicht einmal für die Heberfahrt hielt; später kam ein Hülfsheer mit abschraubbarer Spitze, den man nicht auflösen konnte, ohne daß die Schrauben in den Kopf drängen, und grau gefärbtes Lederzeug, das beim Regen abfiel. Unsere Leute waren so angeordnet, daß die deutschen Kaufleute in Ostasien sich klammerten; dafür lagen aber auf der Reise von Tatu drei Dampfer mit Wellblech bedeckt, die niemand wollte, da keine Unterkünfte vorhanden waren. Die Dampfer wurden dann nach Tsintau, wo sie auch niemand wollte, und schließlich wurden sie in Schanghai ausgeladen und die Vorräte veranlaßt, wobei das Geld große Verluste hatte. Die Befehlskette war die schwächste Stelle des Kriegsministeriums.

Als der Krieg ausbrach, traten an das Kriegsministerium schnell die gewaltigsten Anforderungen heran. Es wurde tatsächlich lieberhaft geschuftet, aber vielfach auch ohne Verständnis und Kenntnis der einfachsten wirtschaftlichen Dinge. Damals galt es gewisse Schieber, die in der zweiten Etage ihrer Verleumdungserzählungen, ihn in der ersten Etage gleich wieder weiter verkaufen und so leicht an einem Vormittag Hunderttausende verdienen.

Später, im Verlaufe des Krieges, wuchs dann die Behörde ins Ungeheure. Die Minister wechselten allzu oft. Auf Falkenhayn folgte Ludowik von Hohenborn, der als Kriegsminister ein Bild vor sich heraustritt, daß er die Munitionsherkunft nicht allein nicht gekostet, sondern sogar vermindert hatte.

Die Seele des Kriegsministeriums in der Kriegsjahren war der General von Briesner, ein Mann von mächtigem Fleiß und auch organisatorisch

fähigem Talent, der jedoch nur mit Zahlen rechnete, und dem man seinen Vorwurf daraus machen kann, daß ihn gänzlich entging, wie sehr der Geist des Volkes sich im Laufe des Krieges geändert hatte. Diese Leute im Kriegsministerium arbeiteten wie die Räder, sie ließen neue Truppen auf, sie kämpften förmlich Armen aus der Erde, aber sie dachten alle nicht darüber nach, was zu geschehen habe, um in diesem schweren Jahre die Truppe bei guter Laune zu erhalten. Außerordentliche Mittel lagen diesen Dingen nicht; der Geist der ganzen Einleitung widerstrebte sich dem. Der Geist des Krieges an der Front und die Not der Heimat drangen hier niemals durch, weder im Großen Hauptquartier noch im Kriegsministerium. Ueber die Stimmung in der Heimat berichteten die Stellvertretenden Generalkommandos, und die standen im Banne der Kriegsindustrie. Die Presse war geteilt.

Aber auch hier wieder fällt die Hauptschuld zurück auf den Mann, der den Kriegsminister abgelöst und verantwortlich ernannte, und von dem der Generalstabant von Briesner bemerkt war, alles Schwerkere zu haben. Was wäre geschehen, wenn eines Tages der Kriegsminister vor dem Kaiser getreten wäre und ihm gesagt hätte: „Es geht so nicht weiter, wir stehen vor einer Revolution. Wir müssen die Unteroffiziere und Mannschaften zu Offizieren befördern. Alles, Herr und Heimat, muß aus dem Rückenrücken oder aus der Volkstasche essen. Soldatenräte müssen bei den Rekrutierungen mitwirken. Die Kriegsindustrien müssen verstaatlicht, die großen Vermögen beschlagnahmt werden. Es darf nur noch Arbeiter und Soldaten geben.“

Der General, der so gesprochen hätte, wäre noch an demselben Tage verabschiedet worden, mit dem Rat, schließlich ein Sanatorium aufzusuchen. Unfähige Regenten suchen sich naturgemäß entsprechende Berater und Minister aus, und wer verderben soll, war von jeder mit Blindheit geschlagen.

Höhere Schlachtviehpreise. Eine Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft sucht die Preise für Schlachtvieh den gestiegenen Produktionskosten besser als bisher anzupassen. Hiernach sollen die bisher den Landwirten als teilweise Ausgleich gezahlten sogenannten Häutezuschläge, die in Folge findender Konjunktur das tatsächliche Verhältnis zwischen Schlachtviehpreisen und Geflügelungskosten nicht mehr befriedigen können, fort, und der Mehrerlös aus den Häuten kommt dem Erwerber der Tiere zugute, der dafür dem Landwirt einen entsprechend höheren Preis zu zahlen in der Lage ist. Die Regierung erwartet von diesem Verfahren, das den Interessen der Viehzüchter gerecht zu werden sucht, eine wesentliche Verbesserung der Schlachtviehaufbringung. Auch die Richtpreise für Schlachtvieh standen seit längerer Zeit nicht mehr in Einklang mit den tatsächlichen Verhältnissen. Es ist daher durch eine Verordnung des Ministers ein erhöhter einheitlicher Richtpreis für Schlachtvieh, nämlich 200 M. für den Zentner Lebendgewicht, festgelegt worden. Da die Bestimmungen über den Häutemehrerlös außer Kraft gesetzt sind, ist in den neuen Richtpreis auch der Wert der Haut eingeschlossen. Im den Verbraucher vor Täuschung und Übervorteilung zu schützen, ist ferner in Ergänzung der bisherigen Bestimmungen die Herstellung einer Richtpreisliste unter Vermengung von Fleischfleisch mit anderen Fleischarten verboten worden.

Bessere Aussichten für die Staatsbahnen?

Von berufener Seite werden folgende Mitteilungen abgegeben: Die Tarifserhöhungen bei den Staatseisenbahnen konnten mit den Preissteigerungen nicht Schritt halten. Sie finden ihre natürliche Grenze in der Leistungsfähigkeit des Wirtschaftsebens, da sie nicht so weit geführt werden dürfen, daß der Verkehr dauernd Schaden leidet. Es ist deshalb eine neue Durcharbeitung der Tarife nach Maßgabe der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in Vorbereitung. Trotzdem sind die finanziellen Ergebnisse an sich keineswegs ungünstig. Der März, in dem die letzte Tarifserhöhung eintrat, brachte eine Steigerung der Einnahmen von 200 Millionen auf 227 Millionen Mark, also um 527 Millionen. Dieses Ergebnis wurde erzielt trotz des Generalstreiks und trotz der Vorgänge im Ruhrrevier. Es läßt darauf schließen, daß bei normalem Betrieb das preußische Gebiet Einnahmen von 800 bis 1000 Millionen Mark erbringen muß. Läßt sich der Betrieb weiter verbessern, so müssen auch die Einnahmen entsprechend höher werden. Dieses Ergebnis ist um so beachtenswerter, als das Gebiet der preussischen Eisenbahnen ja durch den Friedensvertrag sich verkleinert hat. Jedenfalls sind die deutschen Verkehrsunternehmen in ihrem Kern gesund und ausdauernd. Sie werden auch finanziell dem Reiche eine Entlastung kaum bringen können. Das ist allerdings vorausgesetzt, daß auch im Betrieb der Verwaltung die durch den Krieg und den Achtundzigtat etwas ins Schwanken gekommene Wirtschaftlichkeit wieder hergestellt wird, wozu durch besondere Prüfungsausschüsse der Anstoß gegeben ist.

Gewalttätige Entlassung eines Infanterie-Bataillons.

Berlin, 7. Juni. Am Samstag sollte in Soest das zweite Bataillon des Infanterie-Regiments 62 mit dem ersten Bataillon des Reichswehrinfanterie-Regts. N. 13 verdisponiert werden. Die Maschinenengewehrkompanie dieses Bataillons (frühere Maschinenkompanie 18) widerstand sich gewalttätig der Auflösung und lehrte ihre Maschinengewehre gegen die ihre Auflösung fördernden Vorführer. Da Verhandlungen nicht zum Ziele führten, wurde die Auflösung gewaltsam erzungen. Die mit der Durchführung der Entlassung beauftragten Reichswehrtruppen hatten bedauerlicherweise drei Tote und sechs Verwundete zu beklagen. Das zweite Bataillon des Infanterie-Regts. 62 gehörte bis zur Befehlzung der neutralen Zone an. Da nach den Forderungen der Entente die dort stehenden Truppen bis zum 10. Juni auf die Hälfte

vermindert werden müssen, muß die Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages und die Ausführung ergangen werden. Dieser übrigens rein militärische Vorgang zeigt einerseits, wie sehr die deutsche Regierung bestrebt ist, die Bestimmungen des Friedensvertrages loyal auszuführen, andererseits aber auch, welche Schwierigkeiten die Verminderung des Heeres auf den von der Entente vorgeschriebenen Stand mit sich bringt.

Die Pariser Presse zu den Wahlen.

13. Juni. Die Pariser Presse verfolgt das Ergebnis der Reichstagswahlen mit gespanntester Aufmerksamkeit.

„Echo du Paris“ glaubt, Deutschland brauche ein Ministerium, das energisch sei und dem Gehörte werde. Das deutsche Volk von morgen sei aber noch weniger fähig, das herbeizubringen, als das von gestern.

„Petit Parisien“ ist der Ansicht, daß die alte Regierung ihren Platz möglicherweise mit einer kleinen Mehrheit behalte und infolgedessen das jetzige Ministerium im Amt bleiben werde. Die Lage sei auf alle Fälle sehr schwierig in ansehnlicher der starken Anwachsens der Opposition von rechts und von links.

„Action Française“ erklärt, der neue Zuwachs der beiden extremen Parteien sei kein zuverlässiges Symptom für die Nachbarn Deutschlands. Das deutsche Volk habe kein mäßigendes Element und könne Frankreich nicht das Vertrauen einflößen, das ihm Frankreich durch Thiers nach 1871 gegeben habe.

„Homme Libre“ meint, daß die neue Regierung noch weniger in der Lage und Willens sein werde, sich den Forderungen des Friedensvertrages zu fügen. Das Alldeutsche um erhebe den Kopf, nicht ohne Befriedigung darüber, England im Kampfe mit den Bolschewisten und den türkischen Nationalisten zu sehen. Die Zeit arbeite nicht für die Verbündeten. Man würde Unrecht tun, sich darüber keine Rechenschaft zu geben.

Nach dem „Gaulois“ hat sich Deutschland der Revolution entzogen, die man von der Weisheit seiner aufsteigenden Demokratie erwartet habe.

Das radikal-sozialistische „Journal“ meint, die politische Meinung des wahren Sozialismus, der rein sei von jedem Kompromiß, habe eine ungeheure Stimmzahl auf sich vereinigt.

„Humanité“ meint, die Abstimmung sei eine Wiederbestätigung der Macht des deutschen Proletariats und dessen gesamtem Sozialismus.

„France Libre“ meint, die Unabhängigen Sozialisten haben ihre Macht wachsen. Sie werden aber auch durch die große Bedeutung ihres Sieges erschwert.

Der Berliner Berichterstatter des „Petit Journal“, Marcel Leg, sieht Perioden von Unruhen und Krisen vor Augen. Er behauptet, nicht erstarkt zu sein, wenn die Ordnung und die Ruhe, die am Wahltag geherrscht haben, sich nicht bis 23. Juni, dem Tage des Zusammentritts des Reichstages, erhalten werde.

Zwei Kommunisten gewählt.

Berlin. Die kommunistische Partei, die fast in allen Wahlkreisen eine mit dem Namen Clara Zetkin beginnende Liste aufgestellt hatte, hat nur in einem Wahlkreis, in Chemnitz-Zwickau, ein Mandat erhalten. Das dem kommunistischen Führer Hedert zu fällt. Da auf dem Wege über die Reichswahlliste nicht mehr Abgeordnete gewählt werden dürfen als in den einzelnen Wahlkreisen gewählt werden, so erhalten die Kommunisten durch die Reichswahlliste nur noch ein weiteres Mandat, das der Clara Zetkin zufällt. Alle übrigen auf sie abgegebenen Stimmen gehen den Kommunisten verloren.

Bekannte Persönlichkeiten im neuen Reichstag.

Berlin. Wieder sind u. a. als gewählt zu betrachten: Von den Deutsch-Nationalen: Helfferich, Wille, Laperrous. — Von der Deutschen Volkspartei: Heber, Dr. Curtius, Prof. Kahl, Stresemann, von Kardorff. — Vom Zentrum: Eysenberger, Fehrenbach, Dr. Wirth. — Von den Demokraten: von Siemens, Warburg, Peterlen, Hausmann, Prof. Schäding. — Von den Sozialdemokraten: Hugo Heimann, Richard Fischer, Schöpslin, Koste, Scheidemann, Edward Bernstein, Otto Wels, Minister Bauer, Paul Goebel, Reil, Hildenbrand. — Von den Unabhängigen: Frau Zieg, Zubeil, Breitscheid, Crispian.

Die gefährdeten Polen.

Paris. Von gewisser Seite wurde das Gerücht verbreitet, dem auch die Presse größtenteils zum Opfer fiel, Frankreich werde Polen 100 000 Mann Truppen senden, um die Sowjetrepublik zu vernichten. Abgesehen davon, daß Frankreich jetzt nicht in der Lage ist, eine Armee von 100 000 Mann aus der Erde zu stampfen, ferner für Transport- und Unterhaltungsmittel zu sorgen, würde auch mit den 100 000 Mann weissen und farbigen Truppen Sowjetrußland nicht bezwungen werden können.

Die von Deutschland verlangte Entschädigungssumme.

13. Juni. Die ausländische Presse beschäftigt sich in letzter Zeit wiederholt mit der Entschädigungssumme, die Deutschland an die Entente zahlen müsse. Sie hat dabei als feststehend angenommen, daß die deutsche Regierung bereit u. in der Lage sei, 100 Milliarden Goldmark zu entrichten. Dazu schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, daß Deutschland sich bereit erklärt hat, Zahlungen zur Höhe von 100 Milliarden Goldmark zu leisten, so ist dies nur unter der Voraussetzung zu sehen, daß die territorialen Opfer Deutschlands über die Abtretung von Elb-Lothringen, der unbestreitbar polnisch besetzten Gebiete der Provinz Polen und der vorwiegend dänischen Gebiete

Schleswigs nicht hinausgehen würden. Durch die weiteren geforderten Abtretungen sind die wirtschaftlichen Voraussetzungen der Entschädigung vom 29. 5. 19 grundlegend erschüttert worden. Das Deutsche Reich, das der Versailles Friedensdeklaration vorlag, besteht nicht mehr. Der Versailles Vertrag hat die Wirtschaftskraft Deutschlands entscheidend geschwächt. Infolgedessen kann auch von einer Aufrechterhaltung der seinerzeit angegebenen Entschädigungssumme nicht mehr gesprochen werden.

Frankreich.

13. Juni. Nach Mitteilungen des „Matin“ wurde von der Direktion der Militärjustiz angeordnet, sofort alle deutschen Staatsbürger, die nach dem 10. Januar 1920 verhaftet wurden, in Freiheit zu setzen, einerlei, unter welcher Anklage sie stehen und wie weit die Voruntersuchung geschritten ist. Eine Revision der Strafverfahren gegen die überhaupt Verhafteten auch vor dem 10. Januar soll später erfolgen.

Paris. Die augenblicklich unter dem Vorzeichen von Meinen toge landwirtschaftliche Konfession hat den Beschluß gefaßt, die Angehörigen aller bisher im Kriegszustand mit der Entente befindlichen Länder außer Deutschland zu dem im nächsten Jahre stattfindenden Kongress einzuladen.

Nas Stadt, Kreis u. Umgebung.

Hochheimer Lokal-Nachrichten.

Hochheim. Der Arbeiter-Radsportverein Oberweil beteiligt sich am kommenden Sonntag an der Bezirks-Wanderradfahrt des Arbeiter-Radsportbundes nach Limburg a. d. L., woran sich auch Nichtmitglieder beteiligen können. Die Abfahrt erfolgt morgens 8 Uhr. — Weiter sei schon mitgeteilt, daß Sonntag, den 4. Juli in Hochheim das Bezirksfest des 3. Bezirks mit Wertungsfahren für Reigen stattfindet.

Das Wetter im Juni. Am 9. überschreitet der Mond den Äquator nach Norden. Er bringt Wärme, vereinzelt Gewitter, auch hier und da etwas Regen; sonst bleibt es noch schön. Der Neumond am 16. steht im Hochstand und zugleich in Erdnähe. Das Wetter ist auf längere Zeit zum Sturm, Regen und Gewitter geneigt. Das erste Viertel am 23. sinkt wieder unter den Äquator. Es ist schönes und trockenes Wetter in Aussicht. Der Tiefstand des Mondes am 29. und 30. läßt wieder Regen bzw. Gewitter erwarten. Solche ausgeprägte Dauerregenzeiten wie 1919 sind diesmal nicht zu erwarten, weil der Sommer zur Trockenheit neigt. Die Heuernte ist nicht in Gefahr.

Unfreundliche Sommertage sind es, die wir eben erleben. Der Juni als Rosenmonat läßt sich durchaus nicht so an, wie man es von seinem Namen erwartet. Hatte man doch letzter Tage die Hebräer über all wieder hervorgeholt. Gerade in Jahren mit warmem Frühjahr pflegt der charakteristische Rückschlag, der dem Juni bei uns so oft sein unfreundliches Gepräge gibt, und der diesmal genau mit dem Monatsanfang eingetreten ist, nicht ausbleiben. Bezugszeit werden diese Kältefälle im Juni stets durch die Verlagerung niedrigen Luftdruckes über Nord-, Mittel- und Ost-Europa, während sich der höchste Druck über dem nördlichen Atlantischen Ozean befindet. Auch diesmal ist fast der ganze Bereich einer Depression beherrscht, deren Minimum jetzt über Finnland liegt, und an deren Ostküste sich fortwährend Randwirbel bilden, deren Vorbeigang sich durch die häufigen starken Regenschauer zu erkennen gibt. Da bei dieser Druckverteilung gewöhnlich immer wieder Tief aus der Polarregion südwärts nach dem Ostseegebiet vordringen, so pflegt die unfreundliche Wetterlage meist mehrere Wochen anzuhalten. Aber wenn nicht alles trügt, haben wir diese fähle Periode jetzt überstanden. Eine Besserung ist schon eingetreten, doch wir uns hoffentlich bald wieder richtigen warmen Sommerwetters erfreuen.

Preuß.-Südd. Klassenlotterie. Die Ziehung der 5. Klasse 24. Lotterie — Haupt- und Schlussziehung — ist beendet. Die Auszahlung der kleineren Gewinne erfolgt nach Erscheinen der amtlichen Gewinnliste, voraussichtlich vom 14. Juni ab, die der höheren Gewinne von 1000 Mark ab each Tage später. Die Erneuerung zur 1. Klasse der neuen Lotterie hat bis spätestens zum 21. Juni d. S. zu erfolgen.

Reich-Stadstoff — mehr Brot. Der Pressebericht des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten gibt bekannt: Vor dem Kriege wurden in der deutschen Landwirtschaft verbraucht 210 000 Tonnen Stadstoff. Die in Deutschland vorhandenen Werke sind nach dem jetzigen Stande ihrer Fertigstellung und nach der heutigen Lage der Rohstoffe imstande, zusammen jährlich 310 000 Tonnen zu erzeugen. Nach vollständiger Fertigstellung der Werke und Zufuhr der Rohstoffe auf den Stand vor dem Kriege aber ist die jährliche Erzeugung auf insgesamt 520 000 Tonnen Stadstoff zu steigern. Wie die drei bekannten Autoritäten auf dem Gebiete der Stadstoffindustrie: Geheimrat Prof. Dr. Caro, Geheimrat Prof. Dr. Haber und Direktor Sohn als Mitarbeiter in der soeben vom Staatssekretär im preussischen Landwirtschaftsministerium, Dr. Ramm, herausgegebenen außerordentlich wertvollen Schrift: „Aus Licht durch Kohle zum Stadstoffdünger“ — vom Stadstoffdünger zu Brot und reichlicher Nahrung ausführen, sind die Hilfsmittel vorhanden, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Werden diese 520 000 Tonnen Stadstoff im Jahre tatsächlich erzeugt und in den Acker gebracht und wird gleichzeitig dafür Sorge getragen, daß neben diesen Stadstoffmengen 1 000 000 Tonnen Kali und vorläufig wenigstens 300 000 Tonnen Phosphorsäure jährlich der deutschen Landwirtschaft zur Verfügung stehen, dann kann diese so viel Getreide, Fleisch und Fett erzeugen, überhaupt die heimische Erzeugung soweit sichern, daß die Ernährung unseres Volkes wieder voll und reichlich ist. Die Erreichung dieses hohen Zieles allerdings erfordert, daß die jahrelangen unablässigen Be-

mühungen des preussischen Landwirtschaftsministeriums auf belagige Fertigstellung, der noch im Bau begriffenen Stadstoffwerke und die unzureichende Belieferung der Stadstofffabriken mit Kohle, Koks bzw. Schwefelkohlenstoff endlich voll verwirklicht werden. Denn es trifft nur zu sehr zu, wenn Staatssekretär Dr. Ramm in dem erwähnten Buche ausführt: „Daß unsere Ernährung nur dann eine hinreichende und reichliche sein kann, wenn eine Quelle, die deutsche Stadstoffquelle nämlich, so reichlich als möglich fließt“.

Die ersten Stadstoffwerke werden seit einigen Tagen zum Einmachen auf den Markt gebracht. Die Ernte fällt durchweg gut aus, wenn sie sich auch nicht so günstig gestaltet wie die in 8 bis 10 Tagen beginnende Getreideernte, die richtige Referatverträge verfertigt.

Nachteil wird bestritten, daß die Einfuhr von Gemüse und frischem Obst mit Ausnahme von Zugsobst freigegeben worden ist. Die Wein- und Zugsobststeuer bei Abgang an Angehörige der Besatzungsarmee und der Rheinlandkommission. Der Reichskommissar für die belebten rheinischen Gebiete tritt mit: Die Rheinlandkommission hat am 2. Juni einen Beschluß dahin gefaßt, daß die Zugsobststeuer, soweit sie nach § 15 des deutschen Umsatzsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919 beim Hersteller erhoben wird, von den Angehörigen der Besatzungsarmee und der Kommission zu tragen ist. Dagegen wird für die Besatzungs- und Kommissionsangehörigen auf Grund des Art. 9, Absatz 1, des Rheinlandabkommens die Befreiung von der Zugsobststeuer in Anspruch genommen, soweit es sich um die Kleinhandelssteuer nach § 21 des Umsatzsteuergesetzes handelt. Der gleiche Grundsat wird für die Weinsteuer aufgestellt.

Biertrich.

Bekämpfung des Schleichhandels. Gestern abend wurden zwei Personen durch die Bahnüberwachungsstelle Bieber-Ost wegen bahnpolizeilicher Übertretungen angehalten. Bei dieser Gelegenheit fiel ihr Vertragen auf, schließlich ergriff einer der Männer die Flucht. Jetzt wollte man sich die Koffer und Handtasche näher ansehen, aber die Schlüssel waren nicht vorhanden und der Betreffende gab über den Inhalt keine Auskunft. Der Mann, ein Händler aus Rüsselsheim, wurde daher der Polizei übergeben und in Haft genommen. Bei Durchsicht der Koffer wurde festgestellt, daß der Betreffende 11 000 untergehaltene Zigaretten bei sich führte, die er in Koblenz von einem amerikanischen Soldaten gekauft haben will. Nach eigenem Geständnis will der Mann wöchentlich 1 bis 2 Koln nach Koblenz fahren, um dort Waren aufzukaufen. In letzter Woche hatte er Schokolade geholt, die er in Frankfurt umsetzte. Jedenfalls hat man es hier mit Schleichern zu tun, die jetzt ihrer gerechten Bestrafung entgehen werden.

Der Wasserstand des Rheins hat durch andauernde Niederschläge im oberen Rheingebiet in der abgelaufenen Woche erheblichen Zufluß erhalten; Das Wasser ist dadurch langsam weiter gestiegen, doch scheint nach den vorliegenden Meldungen der oberen Pegelstellen die Aufwärtsbewegung damit vorerst zum Abbruch gelangt zu sein. Die für die Schifffahrt günstigen Verhältnisse sind dadurch nicht beeinträchtigt worden. — Nach fünfjähriger Unterbrechung hat sich die Flagge der Hamburg-Amerika-Linie wieder auf dem Rhein gezeigt. Am Donnerstag ist nämlich der Dampfer „Rannheim“ eingetroffen, wodurch der Verkehr zwischen dem Rhein- und Seehäfen wieder als aufgenommen gelten kann.

we Wiesbaden. Jene Ladendiebin, welche in einem Geschäft in der Taunusstraße beim Umwandeln eines Paketes ein auf dem Boden liegendes Paket mit sich habe geben beissen, ist in der Person einer Galizierin festgenommen worden. In ihrem Besitz befanden sich noch allerhand wertvolle Sachen, nach deren Eigentümern geforscht wird. — Aus einem hiesigen Geschäftshaus wurden vier Centner Schrahmutter in vier Kisten gestohlen, von einer Expeditionstraße weg eine Kiste mit Halberstädter Wärschen enthaltenden Weichkäse. — Im hiesigen Gerichtsgefängnis befinden sich eben etwa 200 Straf- bzw. Untersuchungsgesangene.

we In den letzten Tagen hat hier wieder ein Schachschwindler sein Wesen getrieben. Der Mann nennt sich Siegfried Brünell. Kürzlich hat er, um in den Besitz eines Schachbudes zu gelangen, bei einer Bant 200 Mark eingezahlt. Er stellt sich bei Geschäftsleuten,igarrenhändlern, Kofferhändlern, in Hotels bald als Restaurant an größere Warenhandlungen, bald als vermöglicher Reisender vor, macht den Versuch, Waren zu erlangen und bezahlt dann mit einem Scheck, der, weil seine Deckung dafür vorhanden ist, später nicht eingelöst wird. In vier Fällen ist ihm der Schwindel gelungen. Von hier hat sich der angebliche Brünell nach auswärts gewandt, wahrscheinlich um seine Betrügereien fortzusetzen. — Mittels Einbruch wurden aus einem Lager an der Roederstraße Weiden, deren Wert von etwa 70 000 Mark geschätzt. — In einer hiesigen Anstalt ist unlängst eine Frau lebendigen Leibes verbrannt. Die Frau lag krank im Bett. Plötzlich wandelte sie die Luft an, warmes Wasser zu haben. Sie zündete zu diesem Zweck einen auf dem Nachttisch liegenden Spiritusapparat an, schielte darüber ein, und es geriet dann ihr Bett in Brand. Als man sie fand, lebte sie zwar noch, bald nachher aber hauchte sie ihr Leben aus.

we Auf dem Rennplatz bei Cebenhelm scheint es in letzter Zeit häufig zugegangen zu sein. Der Rennklub fordert öffentlich alle diejenigen, in deren Behausungen sich verdeckt Schmarotzer, Tische, Stühle, Bänke, Dosen, Gummisohlen, Blumen, Teile von Pferdegeschirren und landwirtschaftlichen Geräten usw. befinden, auf, dies unter Angabe der Zahl der Gegenstände auf dem Cebenhemer Bürgermeisterei-Büro oder im Büro des Polizeibereiches des Rennplatzes anzuzeigen.

we Das Jagdschloß Platte, das im Jahre 1913 mit den Wirtschaftsgütern, 25 Morgen Feld und 30 Morgen Wald an die Stadt Wiesbaden veräußert wurde, ist von dieser auf die Dauer von 15 Jahren für jährlich 25 000 Mark an den Ingenieur Riedle aus Frankfurt, Inhaber einer dortigen Brennholzzentrale, mit Ausnahme des Waldes, verpachtet worden. Der Pächter wird dort Wohnung nehmen.

Der Film im Dienst der hygienischen Aufklärung. Die Geschlechtskrankheiten, die schon früher in den großen Städten weit verbreitet waren, haben unter dem demoralisierenden Einfluß des langen Krieges und namentlich des ihm folgenden Zusammenbruchs unseres Vaterlandes eine ganz

enorme Zunahme erfahren. Das besonders Betrüßliche daran ist aber, daß diese Krankheiten nunmehr auch auf dem flachen Land bis zu den entlegenen Dörfern Eingang gefunden haben. Wir stehen also vor der erschütternden, aber unabwendbaren Tatsache einer Durchseuchung großer Teile unseres Volkes. Ueber alle diese Dinge ist die breite Masse des Volkes völlig im Unklaren; vor allem aber herrscht, trotz aller Aufklärung auch heute noch eine geradezu erschreckende Unwissenheit darüber, welche schwere Gefahren für die Gesundheit die Geschlechtskrankheiten in sich bergen und wie schwer dadurch die Zukunft unseres Volkes bedroht ist. Diese Unkenntnis der Geschlechtskrankheiten darf also nicht weiter aufschwelen, wenn nicht schließlich das ganze Volk ins Verderben geraten soll, sondern der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten muß mit allen, selbst außerordentlichen Mitteln aufs Eifrigste geführt werden. Unter diesen Kampfmaßnahmen steht in erster Linie die Aufklärung. Immer wieder muß dem Volke eingeschärmt werden, wie gefährlich diese Erkrankungen sind. Es muß dem Publikum auch bildlich gezeigt werden, welche verheerende Wirkungen Tripper u. Syphilis am Menschen entfalten können, es muß aber auch gleichzeitig dem Laien klar gemacht werden, daß es auch in sehr vielen Fällen möglich ist, jene Leiden zu heilen. Diese Zwecke verfolgt ein Film mit dem Titel „Die Geschlechtskrankheiten und ihre Folgen“. Derselbe ist von der Kulturabteilung der „Afa“ unter Leitung und steter Mitarbeit der „Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“ mit einer absolut wissenschaftlichen Gesichtspunkte aus hergestellt und frei von jeglichem Kinobewert. Es ist mit anderen Worten ein Lehr- und Aufklärungsfilm im besten Sinne des Wortes. Die Ortsgruppe Wiesbaden-Biebrich der Deutschen Gesellschaft wird diesen Film, der unter anderem auch in Berlin mit großem Erfolg gezeigt wurde, mit bräutlichem Begeisterung vom 17. ds. Mts. ab hier vorführen. Die Ortsgruppe hofft, daß das Interesse der Bevölkerung für die außerordentlich bedeutungsvollen Fragen ihren Ausdruck in regem Besuch der Vorführungen sich fundgeben wird. Alles Nähere darüber ist aus den Anzeigen in den Tagesblättern und auch aus den öffentlichen Blättern ersichtlich. Einige Vorstellungen werden lediglich Frauen zugänglich sein; darüber erfolgt noch besondere Mitteilung.

we Von Seiten der Staatsanwaltschaft ist wieder die geklammerten rentierten Milchlieferanten im Landkreis Wiesbaden ein Strafverfahren eingeleitet worden. Morgen (Mittwoch) finden in der Sache die ersten Vernehmungen statt.

Aus dem Landkreis Wiesbaden lassen wir noch die folgenden weiteren Wahlergebnisse folgen: Rannrod: Dp. 167, D. 25, Dp. 23, Sp. 163, Dp. 114, J. 11. Nordenstadt: Dp. 132, D. 93, Sp. 70 Dp. 58, Dp. 44, J. 1. Wallen: Dp. 126, D. 177, Dp. 38, Sp. 173, Dp. 44. Auringen: Dp. 32, D. 12, Dp. 47, Sp. 88, Dp. 2.

Frankfurt. Im Mieteneigungsamt ging ein angelegener Hausbesitzer mit einem Stuhl auf den Rechtsanwalt der Gegenpartei los. Er wurde dafür mit 200 Mark bestraft. Dem Verurteilten wurde zugute gehalten, daß er durch das aggressive Verhalten und die unangenehmen Äußerungen des Anwalts gereizt worden sei.

Frankfurt. Die Glasse für 900 Mark! Man schreibt den „F. M.“: Welche Erscheinungen, die früher wohl kaum möglich gewesen wären, die Zeit auslöst, davon ein Beispiel. Ich war dieler Tage in einem unserer ersten Hotels mit auswärtigen Besuch und ließ beim Durchblättern der Weinliste auf eine Weinsorte, welche pro Flasche 900 Mark und schwebte neunhundert Mark — ohne Steuer notabene! — verzeichnet war. Scherzhaft fragte ich den Oberkellner, ob jemals solch teurer Wein getrunken würde. Daß Weine in dieser Preiskategorie schließlich in der Zeit eigentümlicher Preissteigerungen vorkommen können, war mir glaubhaft, verblüfft aber war ich von der Antwort auf meine Frage, nämlich: „Da hinten an dem Tisch wird schon die dritte Flasche getrunken!“ Rußanwendung: Es gibt ansehnlich immer noch Leute, die trotz der Not, unter der wir alle leiden, das Geld in fingerlosem Welle verschwenden. Der Kellner erzählt — nebenbei bemerkt — für die kleine Mühseligkeit, drei Flaschen teuren Weins zu servieren, mit den üblichen 10 Prozent also 270 Mark. Kann man sich ein drosslicheres Bild für unsere jetzigen — ins liserlose gesteigerten — unbaltbaren Zustände vorstellen?

5000 Mark Besohnung hat der Polizeipräsident ausgezahlt für die Ermittlung der Räuber des seit dem 24. Februar 1920 verschwundenen Ludwig Schwarz aus Rüsselsheim, dessen zerstückte Leiche am 30. April in einem Bach bei Soden im Kreis der Schöllern aufgefunden wurde. Wegen dringenden Bedarfs der Gärtnerei ist der über befehlsmäßig und vorbereitete Philipp Wolf zu Soden in Untersuchungshaft genommen worden. Es fehlen noch viele Gegenstände, deren Wiederbeschaffung für die Aufklärung wichtig ist, darunter Kleidungsstücke, 1 gelbe Lederhandschuh, 1 schwarze Brieftasche, 1 Zigarettenabgabeung zur Füllung eines Zigarettenwagens, 1 Raucherpfeife 7,65 Millimeter, mehrere kleinere Geschäftsbücher, 1 Silberne Remontuhr mit goldenem Band Nr. 80 598 (Monogramm P. S.) mit Kette.

Homburg. Der Streit zwischen dem Kurorchester und der U. G. Bad Homburg um Lohnforderungen hat wieder heftige scharfe Formen angenommen, daß jeden Augenblick mit dem Ausbruch eines neuen Russierstreikes zu rechnen ist. Der Auf Homburg als Kurort leidet unter diesen, schon seit Monaten dauernden unruhmütigen Verhältnissen auf empfindliche Weise.

Stonberg. Der Kultusminister hat die Umwandlung der hiesigen Konfessionschule in eine Simultanische angeordnet. Damit verschwindet die letzte Konfessionschule Nassaus.

Mainz. Rosenkranzgebung der Privatangehörigen unter freiem Himmel. Einen festlichen Anblick bot am Freitag abend gegen 7 Uhr der inmitten der Altstadt gelegene „Baund“. Der weite freie Platz war mit Tausenden von Angehörigen der Industrie und des Handels aus Mainz, Biebrich und Umgebung angefüllt, die ohne Unterschied der Partei und der Organisation laut und eindringlich gegen die unzulässige gewerkschaftliche und Lohnverhältnisse der Privatbeamten demonstrieren. Vorher dem Stadtverordneten Rat, der als Vorsitzender der Tarifratsgemeinschaft über die ergebnislos verlaufenen Verhandlungen mit den Arbeitgeberseite berichtete, sprach nach verschiedenen Reden über die große Notlage der Angestellten, die nicht deutlich dadurch nachweisen lassen, daß ein 21-jähriger Hilfsarbeiter heute mehr Lohn erhält als ein 20-jähriger verheirateter Beamter. Es gelang eine einstimmig gefaßte Entschädigung zur Annahme, in der eine friedliche Auseinandersetzung der Angehörigen mit den Arbeitgebern gewünscht, und eine abschließende Kurzelegung der absolut unzureichenden Gehälter gefordert wird.

Aus Rheinhessen. Die fähle Witterung, die seit einigen Tagen überall eingetieft hat, kommt den

rhelmschen Weinbauern sehr unlegen. Die Trauben stehen vor der Blüte, können aber nicht rasch durch diese hindurchgehen. Nach alter Erfahrung bedeutet ein langwieriger Verlauf der Reifeblüte in der Regel einen großen Nachteil für die Wein-
ernte. Die Schädlinge, wie namentlich der Reb-
schneider haben da genügend Zeit, ihr Verheerungs-
werk auszuführen, indem sie die Blüthenknospen an-
kriegen und ihre Eier hineinlegen. Die gegenwärtige
Witterung zwingt daher die Winzer zu ganz
besonderer Wachsamkeit und angestrengter harter
Arbeit, so zum Spritzen und Schwefeln. Ganze
Kolonnen durchziehen die Weinberge tagtäglich, um
zu retten, was zu retten ist.

Ober-Olm. Der neu zu errichtende franzo-
sische Flugplatz soll nach neueren Meldungen nun
doch nicht in das fruchtbare Ackerland in der
Gemeinde Waderheim, sondern wahrscheinlich
in den Wald verlegt werden, der sich zwischen
Waderheim und Ober-Olm ausdehnt. Zu diesem
Zweck wird das Waldgelände in der erforder-
lichen Größe abgekauft werden.

Büdesheim in Rheinh. Zu den von der
Maul- und Klauenpeste am härtesten betroffenen
Gemeinden gehört die hiesige Gemeinde. Nach
einer jetzt veröffentlichten Zusammenstellung sind
in dem rund 2000 Seelen zählenden Dorfe im
Mosat Tal nahezu 400 Stück Vieh den Seuchen
zum Opfer gefallen. Wenn es sich dabei auch mei-
stens um sog. Kleinvieh, um Ziegen und Schweine,
handelt, so stellt sich der Gesamtschaden doch auf
rund 300 000 Mark. Die meisten Tiere fielen der
Lungenpest zum Opfer, die die Tiere innerhalb
weniger Tage in Stunden dahinstreckt. Der Klein-
viehstand ist hier total vernichtet.

Hettensheim. Am Freitag kürzte ein städtischer
Junge von hier in den Rhein. Der in der Nähe des
schiffbrüchigen Otto Eger von hier sprang dem Jungen
nach und holte denselben unter eigener Lebensgefahr
aus den Fluten. Dem beherzten Lebensretter, der
selbst kaum 15 Jahre alt ist, gebührt für seine edle
Tat volle Anerkennung.

Radesheim. Riederwald. Die Ausschüs-
sungen auf dem Riederwald, wie Kessel, Tempel,
Kippe, Hundebau sollen der Zugänglichkeit des
Publikums erhalten bleiben. Die Fäulnis- und
die Fremde aber sind zurzeit wegen ihrer Bau-
fälligkeit für den Besichtigungsbetrieb geschlossen;
da ihr jetziger Zustand für den Besucher des Rieder-
waldes keinen erfreulichen Anblick bietet und in
ihrer Nähe auch andere Aussichtspunkte vorhanden
sind, wird mit ihrem Abbruch zu rechnen sein, wenn
nicht die erforderlichen Mittel zur Wiederherstellung
rechtzeitig, vielleicht durch Sammlungen, aufge-
bracht werden können, was aber bei der heutigen
wirtschaftlichen Lage ausgeschlossen sein dürfte.

Kreuznach. Eine Anzahl hiesiger Fabrik-
betriebe haben sich gewonnen, infolge zu geringer
Wohlmöglichkeiten und hoher Betriebskosten ihre
Fabriken zu schließen und die Arbeiter zu entlassen.
Die Stilllegung weiterer Betriebe steht in Aussicht.

Emm. Samstag früh wurde von einem Ver-
sammlung der Reisenden, Arzt Dr. Reumann, Bad
Emm, Braubachstraße, überfahren. Die
Reiter gingen dem Unglücklichen über den Unter-
scheid. Beide Reine wurden ihm abgefahren. Trotz
dieser entsetzlichen Verletzungen lebte der Mann
noch mehrere Stunden. Der Verunglückte, ein
Rückführung aus Elbfah-Vorhingen, konnte erst durch
Zurückgehen des Zuges unter den Rädern hervor-
geholt werden, da eine Kutsche gleich auf ihm lag.

Herdorf. Auf der Firma Krupp gehörigen
Grube Solindach ereignete sich ein folgenschwerer
Unglücksfall, dem leider ein blühendes Menschen-
leben zum Opfer fiel. Der 17jährige Bergförde-
rer Jos. Schmidt aus Herdendorf bei Kirchen ge-
riet während der Personalförderung auf bis jetzt
noch unauflösliche Weise zwischen Förderkabel und
Schachtwandung und wurde auf der Stelle totge-
schlagen.

Bermischtes.

ms Beuthen. Auf der Wollganggrube verun-
glückten am Sonntag durch Gasvergiftung beim
Explosion Bergarbeiter Wolf, Obersteiger Baston,
Steiger Schmidt, Steiger Altendörfer, Oberbauer
Frank. Am Samstag verunglückte einer der ober-
sten Bergbeamten durch glatte Gasse, worauf sich die
übrigen vier Oberbeamten an die Unfallstelle be-
gaben. Hier wurden sie durch eine Explosion über-
rascht, welche die Grubenlampen zum Glühen
brachte. Die Untersuchungskommission fand dabei
den Tod.

Fernman Kienl komponiert die Österreichische
Nationalhymne. Die Republik Österreich hatte
bisher keine Nationalhymne. Anlässlich der Berei-
tung der neuen Verfassung wird zum ersten
Male die neue Hymne vorgelesen werden, deren
Text von Staatskanzler Dr. Karl Renner verfasst
ist. Die Musik stammt von dem Grafen Kompo-
nist Kienl. Die Hymne hat vier Strophen und
beginnt mit dem Vers: „Deutsch-Österreich, du
herrliches Land, wir lieben dich!“

Schlechte Schreibweisen, das heißt solche, die
sich abgeschrieben haben, soll man nach dem Urteil
eines Fachmannes nicht gleich fortwerfen, zumal
auch sie sehr teuer geworden sind. Oft sind sie
nur „vermehrt“, wie man einen solchen Zustand an
vielen Metallen beobachtet hat. Bist man einer
tragenden Feder einige Tage Ruhe, so wird sie zur
Verwunderung wieder ganz ausgezeichnet schreiben.

Neueste Nachrichten. Das Ergebnis der Reichstagswahl 1920.

ms Berlin, 8. Juni. Wie wir von zu-
ständiger Stelle erfahren, sind bei den Wahlen
zum Reichstag nach den vorläufigen amtlichen
Meldungen, die beim Reichswahlleiter einge-
laufen sind,

insgesamt 25 719 067 Stimmen
abgegeben worden. Davon entfallen
auf die Sozialdemokraten 5 531 157,
die Unabhängigen 4 809 862,
die Deutschnationale Volkspartei 3 638 851,
die Deutsche Volkspartei 3 456 131,
das Zentrum 3 500 800,
die Deutschen Demokraten 2 152 509,
die christlich-föderalistische Liste (Bav.
Volkspartei und christl. Volks-
partei) 1 254 963,
die kommunistische Partei 438 199,
die Deutsch-hannoversche Partei 318 104
Stimmen. Auf Grund dieses Stimmenverhält-
nisses sind mit Berücksichtigung der Verteilung

der Reststimmen auf die Verbandswahlkreise
und die Reichsliste

418 Abgeordnete gewählt

worden und zwar:

- 92 der sozialdemokratischen Partei,
- 58 des Zentrums,
- 36 der deutschen Demokraten,
- 61 der Deutschnationalen Volkspartei,
- 59 der Deutschen Volkspartei,
- 80 der Unabhängigen,
- 2 der kommunistischen Partei,
- 4 des Bayerischen Bauernbundes,
- 5 der Deutsch-hannoverschen Partei und
- 21 der christlich-föderalistischen Liste.

Bei der Berechnung ergab sich, daß von den
Reststimmen über 30 000 je ein Mandat
auf die deutschen Demokraten, die deutsch-natio-
nale Volkspartei und die christl.-föderalist. Liste
entfällt. Im übrigen verteilen sich die Rest-
stimmen folgendermaßen: 11 157 Sozialdemo-
kraten, 20 800 Zentrum, 22 509 Demokraten,
8851 deutsch-nationale Volkspartei, 16 131
deutsche Volkspartei, 9862 Unabhängige, 15 763
christlich-föderalistische Liste, 18 104 Deutsch-
hannoveraner, 18 199 Kommunisten, 87 518
deutscher Wirtschaftsbund für Stadt und Land.
Unter Hinzurechnung der Abgeordneten aus
den Abstimmungsgebieten ergibt sich, daß der
neue Reichstag insgesamt 460 Abgeordnete
zählen wird. Die Mandatsverteilung ergibt
mit dieser Zurechnung folgendes Bild:

- | | |
|---------------------------------|------|
| Sozialdemokr. Partei | 110, |
| Zentrum | 67, |
| Demokraten | 45, |
| christlich-föderalistische | 21, |
| deutsch-nationale Volkspartei | 65, |
| deutsche Volkspartei | 61, |
| unabhängige Sozialdemokratische | 80, |
| Kommunisten | 2, |
| bayerischer Bauernbund | 4, |
| Deutsch-hannoveraner | 5. |

Eine zweite Meldung besagt:
ms Berlin, 9. Juni. Nach den bis 8
Uhr gestern abend vorliegenden amtlichen
Meldungen über die Reichstagswahlen er-
gab sich einschließlich der Abgeordneten aus den
Abstimmungsgebieten und aus der Berech-
nung der Reststimmen in den Wahlkreisver-
bänden auf die Reichsvorschläge folgendes
Bild des neuen Reichstages:

- Gewählt waren 433 Abgeordnete.
Davon erhielten
- Sozialdemokraten 104 (davon 7 aus der Reichswahlkreise),
 - Unabhängige Sozialdemokraten 77 (8),
 - Kommunisten 2 (1),
 - Demokraten 43 (8),
 - Zentrum 65 (6),
 - Deutsche Volkspartei 58 (6),
 - Deutschnationale Volkspartei 61 (9), dar-
unter 2 Thür. Bauernbund, 1 Helf-
Bauernbund, 1 Württemb. Bürgerpartei,
 - Schleswig-holsteinische Bauern- u. Land-
arbeiterpartei 1,
 - Welfen 5,
 - Bayerische Volkspartei 12,
 - Bayerischer Bauernbund 2 und
 - Württemberg. Bauern- und Weingärtner-
bund 3 Abgeordnete.

Aus den Berliner Morgenblättern.

ms Berlin, 9. Juni. Der „Vorwärts“
stellt fest, daß der Reichspräsident bisher noch mit
keinem führenden Politiker über die Frage der
Regierungsbildung verhandelt habe. In sozialdemo-
kratischen Kreisen wege die Ansicht vor, daß der
Schlüssel der Lage bei den Unabhängigen liege;
nur diese könnten, indem sie sich zu positiver Mit-
arbeit bereit erklärten, die Notwendigkeit, eine Re-
gierung der Rechten zu bilden, beseitigen. Ver-
sagten sich die Unabhängigen der Mitwirkung zu
dem Zweck, eine Reichsregierung zu bilden, so
bleibe die Bildung einer solchen Regierung der ein-
zigen Ausweg aus der verfahrenen Lage. Die
Sozialdemokraten würden sich an einer weiter nach
rechts neigenden Regierung nicht beteiligen, sondern
in Opposition zu ihr sich stellen. Die neugewählte
sozialdemokratische Reichstagsfraktion und der Par-
teiausschuss treten am Sonntag zu einer gemein-
samen Besprechung zusammen.

Nach der „Tägl. Rundschau“ sei die
Deutsche Volkspartei aus Pflichtgefühl und Opfer-
sinn zur Mitarbeit unter sehr bestimmten Voraus-
setzungen bereit, sie könne aber auch außerhalb der
Regierung wirken.

Die „Deutsche Allg. Ztg.“ schreibt, es
scheine, als möchten die Mehrheitssozialisten jetzt die
Forderungen aus dem Wahlergebnis ziehen und in
Solidarität mit den Unabhängigen den Reichspartei-
en mit dem Zentrum die Regierungsmöglichkeit
gewährleisten. Die Denkweise einer solchen Re-
gierung sei aber fraglich.

Dem „Berl. Volksbeobachter“ wird aus Cassel
berichtet, daß das Ergebnis der Reichstagswahl im
Wahlkreis Hellen-Railau wegen zahl-
reicher formaler Verstöße sowie wegen angeblicher
gesetzwidriger Beeinflussung angefochten werden
würde.

Am Paris, 9. Juni. Havas meldet: Vor
fünf Tagen hat die deutsche Regierung den
Verbündeten eine neue Note zugehen lassen, in
der sie erklärt, daß es ihr unmöglich sei, bis
zum 10. Juli die Stärke der regulären Armee
auf den im Friedensvertrag von Versailles
festgesetzten Stand von 100 000 Mann zu er-
mäßen. Sie verlangt, daß die gegenwärtige
Stärke der Reichswehr theoretisch 200 000
Mann für die Dauer bestehen bleibe. Hierzu
bemerkt das „Echo de Paris“, daß die Mächte
in San Remo bereits ein ähnliches Ansuchen
erhalten und darauf mit dem an Deutschland

gerichteten Verlangen geantwortet hätten, sei-
nen Verpflichtungen nachzukommen; für die
Folge würde man dann schon sehen, ob in an-
betracht innerer Schwierigkeiten eine größere
Militärmacht genehmigt werden könne. Be-
jahendentfalls würde Deutschland die Erlaub-
nis erhalten, zwar nicht seine regulären Heeres-
bestände über das im Friedensvertrag von
Versailles festgesetzte Maß zu erhöhen, sondern
die Polizeikräfte zu verstärken. Kürzlich habe
nun der militärische Rat von Versailles diese
wichtige Frage geprüft und sich ebenfalls in die-
sem Sinne ausgesprochen. Die alliierten
Mächte würden die eingenommene Haltung
nicht aufgeben.

Die Frau des Konfils.

Roman von Reinhold Drimann.

(20. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Rein, nein! Es ist mir etwas kühl. Wir wol-
len jetzt ins Haus gehen — ja?
Wenn es Dir lieber ist, gewiß. Warum hast
Du es denn nicht schon Stuart gesagt?
Ich merkte es bisher gar nicht. Aber wo ist
Magda?

Sie fühlte sich nicht ganz wohl und möchte für
heute ungestört bleiben. Wir aber wollten noch ein
Ständchen plaudern. Ich habe drinnen in der Stadt
allerlei Verdrießlichkeiten gehabt und möchte mich
an dem Anblick eures jungen Glückes wieder auf-
frischen.

Soa blieb ihm die Antwort schuldig, aber sie er-
hob auch keinen Einspruch, und nachdem sie auf der
Diele ihr weißes Kopftuch abgelegt hatte, folgte sie
den vorausgegangenen Herren in das Rauchzimmer,
wo der Konfil solche abendlichen Plauderstündchen
zuzubringen liebte.

Hinter der angelehnten Tür ihres Boudoirs
stehend, hatte Magda auf die Schritte der in das
Haus Zurückkehrenden gelauscht. Sie hatte gehofft,
daß sie sich in das Speisezimmer begeben würden,
denn nur dann hätte sie ohne Gefahr, von ihnen
gehört zu werden, in das Schlafgemach und den
dahinter gelegenen Antikleraum gelangen können.
Da sie diese Hoffnung nun vereitelt sah, mußte sie
sich entschließen, den schweren Weg, den sie unter
allen Umständen heute noch zu gehen vorhatte, ohne
Hut und Mantel anzutreten. Das war gewiß sehr
unpassend, aber sie bedachte sich trotzdem keinen
Augenblick. Was kam es bei einem Schritt gleich
dem, den sie da tun wollte, noch viel auf eine Unge-
schicklichkeit an! Wenn er entdeckt wurde, war für
sie ja doch alles verloren. Nachdem sie einmal zu
dem Schluß gekommen war, daß sie Paul Leuen-
hoff noch heute abend sprechen müsse, durfte es für
sie keine Rücksichten mehr geben, die ihren Voratz
erschüttern könnten. Was auch daraus entstehen
mochte, es würde jedenfalls nicht schlimmer sein
als das, was sie erwartete, wenn sie Leuenhoff mor-
gen unvorbereitet und undeckelt ihr Haus
gegenüberlief.

Noch ein paar Minuten lang, nachdem sie die
drei in das Rauchzimmer hatte eintreten hören, ver-
harrte sie in gespanntem Lauschen. Dann, da alles
stille blieb, schloß sie hinaus, verschloß die Tür
ihres Zimmers und ließ den Schlüssel in die Tasche
gleiten. Auf den Fußspitzen huschte sie über den
Teppichläufer auf die Hausdiele, und schon war sie
an der Eingangstür der Villa, als ihr Blick auf das
an der Fingerringe hängende stoffige Seidentuch
fiel, das Eva soeben abgelegt hatte. Hastig raffte
sie es auf und hüllte ihren Kopf so dicht darin ein,
daß von ihrem Gesicht fast nichts mehr zu sehen
blieb. So vermunnt, brauchte sie kaum noch zu
fürchten, daß irgend ein Begegnender sie erkennen
würde.

Ohne die Haustür hinter sich ins Schloß zu
drücken, eilte sie durch den Garten und auf die
Straße hinaus, die, an beiden Seiten von den
Gartenanlagen der Villen begrenzt, nur spärlich
erleuchtet und ganz menschenverlassen war. Sie wußte
genau, wo Doktor Lettingers Wohnung lag, und
die einzige Sorge, die ihr Herz in solchen
Schlägen klopfen machte, war die Furcht, daß sie
ihm begegnen und daß er sie hindern könnte, unter
vier Augen mit Leuenhoff zu sprechen.

Aber das Glück, das ihr tollkühnes Unter-
nehmen zu begünstigen schien, kam ihr noch einmal zu
Hilfe. Gerade als sie in zögerndem Zaudern ihre
Hand auf die Klinke des Gartentürchens legte,
öffnete sich die Tür des Hauses, und in Hut und
Ueberrock trat ein Mann heraus, den sie auf den
ersten Blick als Paul Leuenhoff erkannte. Sie wich
rasch zur Seite, um ihn, der sie noch nicht gesehen
hatte zunächst an sich vorüber zu lassen, und erst, als
er schon ein paar Schritte die Straße hinab ge-
gangen war, rief sie halblaut seinen Namen.

Mit einer schnellen Bewegung wandte er den
Kopf. Sein verwundertes Gesicht, auf das eben der
Schein einer Straßenlaterne fiel, erfüllte sie mit
Befürchtung. Aber es war nicht Gewissenspein, was
sich in ihr regte, sondern einzig eine instinktive
Furcht, daß die Krankheit, die seine Äuße so er-
schreckend verändert hatte, ihn hart und unzugäng-
lich gemacht haben könnte für ihre Bitten.

Paul! wiederholte sie stehend. Höre mich an!
Nur für wenige Minuten! Warte mich nicht zurück!
— Ich muß mit Dir sprechen!

Leuenhoff starrte sie noch immer an, als fiele
es ihm schwer, an die Wirklichkeit ihrer Erscheinung
zu glauben. Dann griff er mit einer mechanischen
Bewegung an seinen Hut. Ich bin zu Ihrer Ver-
fügung, Frau Konfil! Wünschen Sie, daß ich Sie
in meine Wohnung führe?

Wären wir dort ganz sicher vor einer Ueber-
raschung?

Das möchte ich nicht verbürgen. Denn ich bin
nur Gast in Lettingers Haus.

So wollen wir lieber draußen bleiben. Dort
in der Allee wird uns niemand begegnen.

Er bog ohne Widerspruch in die von ihr be-
zeichnete Richtung ein. Hier brannten keine Later-
nen mehr, und als sie ganz in das Dunkel getaucht
waren, legte Magda plötzlich ihre Hand auf seinen
Arm. Paul! Wüßte sie, daß an seiner Seite da-
hinziehend, kannst Du mir vergeben?

(Fortsetzung folgt.)

Amfliche Bekanntmachungen der Stadt Hochheim a. M.

Bekanntmachung.

Das Polizeiamt Mainz hat mitgeteilt, daß in
Mainz und Mainz-Kastell Maul- und Klauen-
peste festgestellt ist.
Hochheim a. M., den 7. Juni 1920.
Die Polizeiverwaltung. Krz b ä c h e r.

Bekanntmachung.

Die Anmeldung zur Erhebung der Getreide-
und Kartoffelanbauflächen erfolgen sehr spärlich.
Namentlich wird die am 2. Juni 1920 ergangene
Anforderung auch von größeren Besitzern nicht be-
folgt. Im Interesse einer geordneten und flotten
Aufnahme werden die Besitzer von Getreide- und
Kartoffelanbauflächen nochmals dringend aufgefor-
dert, die vorgeschriebenen Angaben im Rathaus,
Zimmer 4, zu machen.

Sämtliche haben unter ausdrücklichem Hinweis
auf die befristeten Strafbestimmungen das
Strafverfahren zu erwarten.
Hochheim a. M., den 8. Juni 1920.
Der Magistrat. Krz b ä c h e r.

Bekanntmachung.

Donnerstag, den 10. Juni ds. Js., vormittags
von 7.30 bis 12.30 Uhr werden im Rathaus, Zimmer
Nr. 4, die Reichskarten für die Zeit vom 6. Juni
bis 3. Juli in folgender Reihenfolge ausgegeben:
Von 7.30—8.30 Uhr an die Bezugsberechtigten
mit den Anfangsbuchstaben J, N, S, A, B, C, D.
Von 8.30—9.30 Uhr an die Bezugsberechtigten
mit den Anfangsbuchstaben E, F, G, H, I, K.
Von 9.30—10.30 Uhr an die Bezugsberechtigten
mit den Anfangsbuchstaben L, M, N, O, P.
Von 10.30—11.30 Uhr an die Bezugsberechtig-
ten mit den Anfangsbuchstaben Q, R, S, T.
Von 11.30—12.30 Uhr an die Bezugsberechtig-
ten mit den Anfangsbuchstaben U, V, W.
Nach dieser Zeit werden keine Karten mehr
ausgegeben. Die Reihenfolge ist im eigenen Inter-
esse genau einzuhalten.
Hochheim a. M., den 8. Juni 1920.
Der Magistrat. Krz b ä c h e r.

Bekanntmachung.

Die Ausfuhr der Schulabgabe, für die Zeit vom
1. Juli 1920 bis 30. Juni 1921 wird am 14. Juni
ds. Js. vormittags 11 Uhr im Rathaus vergeben.
Hochheim a. M., den 8. Juni 1920.
Der Magistrat. Krz b ä c h e r.

Bekanntmachung.

Die Maul- und Klauenpeste wurde in folgen-
den Gehöften festgestellt:
1. Joh. Phil. Enders, Sternstraße 4,
2. Marie Rabstmann, Winterstraße 13,
3. Joseph Petry, Reudersstraße 8,
4. Franz Jos. Bauer, Sternstraße 3,
5. Wilhelm Voller, Sternstraße 6,
6. Robert Treder, Sternstraße 8,
7. Johann Schiller, Wwe., Rathausstraße 3,
8. Philipp Treder, Alpengasse 4,
9. Albert Dietrich, Sternstraße 2.
Weitere Vorschriften bezüglich der Schutz- und
Abwehrmaßnahmen folgen.
Der Stadtrat, welcher von der Frankfurter-
Kirchstraße und Hinterstraße begrenzt wird, wird ein-
schließlich dieser Straßen vom Sperrgebiet erklärt.
Hochheim a. M., den 8. Juni 1920.
Die Polizeiverwaltung. Krz b ä c h e r.

Anzeigenenteil.

Dankagung.

Für alle Beweise der Teilnahme bei
dem uns betroffenen so schmerzlichen
Verluste unseres lieben unvergesslichen
Töchterchens

Berta

sowie für alle Kranz- und Blumenpenden
lagen hiermit herzlichsten Dank

B. B. Nida und Frau.

Hochheim a. M., den 9. Juni 1920.

Stimmen von Pianoforte sowie Reparaturen

werden bestens ausgeführt
Gg. Klein, Mainz, Gaustraße 5.
Telefon 809. (Großhändler).

Am Montag, den 14. Juni vormittags 11 Uhr,
läßt Herr Josef Martini, Wiesbaden a. M. sein

Grundstück

die Reugemann an der Dreifaltigkeitskapelle, mit 200
Betteln, 33,40 ar groß, Kartensblatt 22 Nr. 159/43 der Or-
meinde Hochheim im „Weibergarten“ (Gießhof), auf 6 Jahre
verpachtet.

Dr. Doeffeler.

Eine Partie gute
Bohnenfrangen
zu haben bei
Paul Roß,
Vergeltstr. Hochheim a. M.

Goldenes Kreuzchen
am Sonntag in Hochheim
am Friedhof verloschen.
Oder Belohnung abzugeben
in der Villa-Gründung des
Hochheimer Stadtrats.
Hochheim a. M.